

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.
z.Hd. Frau Elgin Heuer
Steintor 2a
19243 Wittenburg

Hannover, 31. Mai 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.

Sehr geehrte Frau Heuer,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 09. Oktober 2022. Im Folgenden übersende ich Ihnen die Antworten unserer Partei:

Zum Milchmarkt

1. Wie sieht Ihre Partei die Zukunft einer regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft mit entsprechender Nutztierhaltung?

Landwirte und insbesondere Tierhalter in Deutschland produzieren Lebensmittel und halten Tiere auf dem höchsten Standard. Damit unsere Landwirte auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten können, benötigen sie transparente Zukunftsperspektiven. Damit Landwirte regional produzierte Lebensmittel vermarkten können, brauchen sie faire Wettbewerbsbedingungen und Planungssicherheit, damit sie sich wirtschaftlich erfolgreich weiterentwickeln und den zusätzlichen Anforderungen gerecht werden können.

2. Welche Veränderungen sind aus Sicht Ihrer Partei zur Etablierung eines Preisniveaus für die von der Landwirtschaft erzeugten Agrarprodukte notwendig, um die wirtschaftliche Perspektive unserer Höfe zu sichern?

Wir Freie Demokraten wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung landwirtschaftlicher Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel.

3. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter**innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Unserer Auffassung nach sind zeitlich befristete, staatliche Mengenbegrenzungen keine Lösung, um möglichen Verwerfungen des Milchmarktes entgegen zu wirken. Wir unterstützen eine freiwillige Milchmengenreduzierung der einzelnen Marktteilnehmer, um Angebot und Nachfrage wieder in Einklang zu bringen. Ein staatliches Instrument würde sich unserer Ansicht nach nicht präzise genug steuern lassen, um das Marktgleichgewicht wieder herzustellen. Wir setzen uns dafür ein, ausgewogene Wettbewerbsbedingungen für einen funktionierenden Markt zwischen LEH und Anbietern landwirtschaftlicher Erzeugnisse herzustellen. Die kartellrechtlich bedenkliche marktbeherrschende Stellung einzelner Konzerne muss unserer Ansicht nach beendet werden.

4. Farm to Fork und Green Deal sind aktuell in aller Munde. Wie steht Ihre Partei dazu insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit vielfach angezweifelte Ernährungssicherheit?

Angesichts des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine hat die EU bereits signalisiert, dass sowohl der Green Deal als auch Farm to Fork teilweise ausgesetzt werden soll. Wir Freie Demokraten begrüßen das. Wir sind der Auffassung, dass es uns gelingen muss, mehr Nahrungsmittel auf begrenzter Fläche zu produzieren, ohne den Natur- und Umweltschutz aus den Augen zu verlieren. Flächenstilllegungen, eine Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und die Mangelernährung der Pflanzen sind in der aktuellen Situation nicht akzeptabel. Wir brauchen jeden landwirtschaftlichen Betrieb und müssen eine leistungsfähige Tierhaltung und Weidewirtschaft fördern.

5. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Wir setzen uns dafür ein, dass Nahrungsmittel übersichtlich gekennzeichnet sind. Viele verschiedene Label führen nicht zu Transparenz, sondern stiften

Verwirrung. Bei tierischen Primärprodukten wie Fleisch oder Milch soll es eine europaweite Herkunftskennzeichnung geben, die sich an der bestehenden Kennzeichnung für Eier orientiert. Zudem wollen wir den Lebensmitteleinzelhandel bei der Umsetzung von transparenten Kriterien für tierwohlgerichte Produkte unterstützen, und einen Dialog zwischen Landwirtschaft, Handel und den Verbraucherinnen und Verbrauchern fördern.

6. Vertritt Ihre Partei auch die Auffassung, dass sich zusätzliche bzw. höhere Standards unabdingbar und 1:1 mittels einer Erhöhung der Preise für die entsprechenden Agrarprodukte auf den landwirtschaftlichen Betrieben wiederfinden müssen?

Das Geld für die Leistungen der Landwirtschaft muss auch auf den Höfen ankommen und darf nicht schon vorher in der Wertschöpfungskette abgegriffen werden. Um souveräne Kaufentscheidungen treffen zu können, müssen die Verbraucher gut informiert und mündig sein. Herkunftskennzeichnungen sind ein wichtiges Instrument für Transparenz und freie Entscheidungsmöglichkeiten. Daher setzen wir uns für eine europaweite Herkunftskennzeichnung ein. Landwirte müssen in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können.

7. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?

Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Weder Stallgröße noch das Etikett der Haltungform sind ausreichende Maßstäbe für das Tierwohl, sondern der Zustand des einzelnen Tieres. Wir wollen Landwirte bei der Umsetzung von tierwohlfördernden Maßnahmen unterstützen, beispielsweise durch beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Bau von offenen Stallsystemen. Umweltschutz und Tierwohl dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Den Umbau der Nutztierhaltung wollen wir gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Eine Finanzie-

rung über eine zusätzliche Belastung der Verbraucher in Form von zusätzlichen Steuern oder Steuererhöhungen lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass ein Umbau der Tierhaltung nur gemeinsam mit den Tierhaltern erfolgreich sein kann. Betroffene Landwirte benötigen klare Zukunftsperspektiven und verlässliche Rahmenbedingungen, statt immer weitergehende ordnungsrechtliche Auflagen. Andernfalls sind Investitionsentscheidungen zum Stallum- oder neubau hin zu mehr Tierwohl langfristig nicht plan- und umsetzbar. Starre immer weitergehende ordnungsrechtliche Auflagen sind für die Neugestaltung der Tierhaltung kontraproduktiv.

8. Mit der GAP 2020 und der darin berücksichtigten Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurde das Sicherheitsnetz für EU-Agrarmärkte erweitert. Mittels zeitlich befristeter Marktkrisenmaßnahmen kann Einfluss genommen werden auf eine Veränderung der angebotenen Menge an Agrarprodukten. Wird Ihre Partei dazu beitragen, dass die möglichen Marktmaßnahmen im Bedarfsfall auch eingesetzt werden? Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, im Fall von schweren Marktkrisen, zeitlich befristete Marktmaßnahmen verbindlich vorgeben zu können?

Wir stehen für eine liberale Politik, die im Milchsektor grundlegende Hürden für eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt und wettbewerbsverzerrenden Konzentrationen von Marktmacht in der gesamten Wertschöpfungskette Grenzen setzt. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine konsequente Anwendung des Art. 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) ein, um den milcherzeugenden Betrieben Verlässlichkeit hinsichtlich der Milchvermarktung zu bieten und die Milchpreisabsicherung seitens der verarbeitenden Unternehmen anzureizen. Wir fordern grundsätzlich mehr Mut zur Marktwirtschaft.

9. Um dem Primärsektor zukünftig die Übernahme von mehr Marktverantwortung zu ermöglichen, wurden mittels der BDM-Sektorstrategie 2030, exemplarisch am Milchmarkt, aber auf alle Primärsektoren übertragbar, Überlegungen erarbeitet, die u.a. ein effizientes Marktma-

nagement ermöglichen würden. Wie steht Ihre Partei zu solchen Überlegungen?

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass Branchenorganisationen, die sich mit einer Verbesserung der Markttransparenz oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen, für den Milchsektor durchaus von Nutzen sein können. Zentral bei der Ausgestaltung ist dabei für uns, dass sie mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt nicht entgegenstehen. Wir unterstützen das Engagement von Marktteilnehmern um ein effizientes Marktmanagement zu erreichen.

Milchmarkt => Der Markt funktioniert: Verringerung im Milchaufkommen = deutlich steigende Preise für Milchprodukte – aber: Anstieg der Milcherzeugerpreise deutlich langsamer und verzögert => Marktstellung der Milcherzeuger muss verbessert werden!

10. Wie steht Ihre Partei zur vorgenannten Forderung?

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen funktionierenden Markt und ausgewogene Wettbewerbsbedingungen zwischen Anbietern landwirtschaftlicher Erzeugnisse und dem LEH ein. Wir wollen die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, grundsätzlich stärken. Jeder Versuch, belastende und wenig ergebnisorientierte Auflagen für die Landwirtschaft, die oftmals höhere Produktionskosten auf Betriebsebene bedeuten, durch staatliche Eingriffe wie Ausgleichszahlungen kompensieren zu wollen, wird mittel- bis langfristig scheitern.

Wir wollen zudem die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um ein Level-playing-field für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Des Weiteren gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen.

„Rote Gebiete“

Trotz nicht unerheblicher Anpassungen in der nationalen Düngegesetzgebung besteht bezüglich der in der Düngeverordnung festgelegten Vorgaben weitergehender notwendiger Handlungsbedarf.

- Bei der Ausweisung der „Roten Gebiete“ ist transparent und für alle Beteiligten nachvollziehbar vorzugehen. Im Vordergrund muss dabei das Verursacherprinzip stehen.
- Das dafür verwendete Messstellennetz ist zu modernisieren, es dürfen nur Ergebnisse von Messstellen herangezogen werden, die in einem einwandfreien Zustand sind sowie deren konkretes Einzugsgebiet nachvollziehbar dargelegt werden kann.

11. Wie steht Ihre Partei zur Vorgehensweise bei der Ausweisung „Roter Gebiete“?

Die derzeitige Vorgehensweise bei der Ausweisung der "Roten Gebiete" gilt es dringend zu überarbeiten. In der aktuellen Legislaturperiode hat die Landtagsfraktion zahlreiche Anträge und Anfragen in den Landtag eingebracht, mit dem Ziel die Ausweisung der "roten Gebiete" transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Die Ausweisung muss verursachergerecht ausgestaltet sein und darf nicht großflächig und pauschal umgesetzt werden. Auch eine Modernisierung des Messstellennetzes befürworten wir.

Die niedersächsische Landwirtschaft hat den Einsatz von mineralischem Stickstoffdünger in den letzten fünf Jahren um 37 Prozent reduziert. Damit sind unsere Betriebe ihrer Verantwortung in hervorragender Weise gerecht geworden, eine Belastung des Grundwassers zu vermeiden.

Die Vorschrift einer Mangelernährung der Pflanzen 20 Prozent unter dem Bedarf lehnt die FDP grundsätzlich ab. Sie erreicht keine Vorteile für den Grundwasserschutz und ruiniert gleichzeitig den Ertrag und die Qualität der Kulturpflanzen. Wir treten für eine bedarfsgerechte Düngung ein, nur so können optimaler Ertrag und bester Umwelt- und Naturschutz in Einklang gebracht werden.

Wolfsproblematik

Die stetig steigende Wolfspopulation, auch in Niedersachsen, macht, vor allem im Hinblick auf die gesellschaftlich gewollte Weidetierhaltung, ein entsprechendes Wolfsmanagement erforderlich.

12. Unterstützen Sie diese Forderung?

Ja, wir Freie Demokraten unterstützen diese Forderung. In den letzten beiden Wahlperioden hat die Niedersächsische FDP-Landtagsfraktion zahlreiche Anträge eingebracht, um den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen und um ein geeignetes Wolfsmanagement in Niedersachsen zu etablieren. Im Mai 2022 hat der Landtag beschlossen, den Wolf in das Niedersächsische Jagdgesetz aufzunehmen. Das ist aus unserer Sicht ein erster Schritt in die richtige Richtung, um den Wolfsbestand auf ein verträgliches Maß reduzieren zu können.

Auf Bundesebene hat die FDP die Ermittlung realistischer Bestandszahlen in den Koalitionsvertrag verhandelt.

Der günstige Erhaltungszustand des Wolfes ist nach unserer Überzeugung längst gegeben und muss schnellstmöglich festgestellt werden. Nur so ist in den Hotspots Niedersachsens mit extremer Wolfdichte eine angemessenes Bestandsmanagement möglich.

Grünland / Moorschutz / Klimaschutz

Artenreiches Dauergrünland leistet einen außerordentlich hohen Beitrag zum Klima-, Natur und Umweltschutz und ist dazu ein bedeutsamer Kohlenstoffspeicher. In Kombination mit der Weidehaltung sind zusätzlich zu den Biodiversitätsvorteilen in gleichem Maße viele Tierwohlaspekte verbunden. Der zukünftige Niedersächsische Landtag sollte sich für eine entsprechende Würdigung einer Dauergrünlandnutzung einsetzen. Denkbar ist u. a. die Einführung von Förderprogrammen für alle Weidetierhaltungen wie auch die Honorierung der Vorteile des Dauergrünlandes durch z.B. CO2-Zertifikate.

13. Welche Position vertritt Ihre Partei bei zukünftigen GAP-Verhandlungen im Hinblick auf die Weidetierhaltung als weitere Eco-Schemes?

Wir sehen die Schwierigkeiten der mangelnden Anerkennung der Grünlandbewirtschaftung in der aktuell diskutierten Ausgestaltung der Eco Schemes bei der GAP-Novelle. Wir werden gemeinsam mit der Branche praxistaugliche Regelungen anstreben. Die Klimaschutzleistung des Grünlandes wollen wir marktwirtschaftlich honorieren und die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung der Flächen vorantreiben.

Von Seiten der EU-Kommission muss sichergestellt werden, dass das Instrumentarium zur nationalen Ausgestaltung der Eco-Schemes möglichst verbindlich und einheitlich zusammengestellt wird. Wir Freie Demokraten setzen uns für die konsequente 1:1- Umsetzungen europäischen Rechts ein und lehnen überzogene, nationale Sonderwege ab.

Zum Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG)

Zum vorgenannten Gesetzentwurf der Landesregierung gab es in Bezug auf die Umsetzung seitens einiger Verbände, u.a. unseres Landesverbandes, sowie von Frau Prof. Dr. Antje G.I. Tölle (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) z. T. kritische Anmerkungen.

14. Wie steht Ihre Partei zur Umsetzung des geplanten Gesetzes?

Wir Freie Demokraten sehen im Bereich des Grundstücksverkehrsgesetzes grundsätzlich einen Novellierungsbedarf und begrüßen den entsprechenden Gesetzesentwurf der Landesregierung. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung wurden seitens verschiedener Verbände einige kritische Anmerkungen und Vorbehalte herausgestellt. Vor einer Verabschiedung dieses Entwurfs müssen diese geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation